

ser Hinsicht gebe es eine große Zahl von Kadern, die "öffentlich zustimmen, aber insgeheim Widerstand leisten". Im Hinblick auf die willkürliche Bautätigkeit, vor allem bei Bürogebäuden, großen Hallen und Gästehäusern "bemühen sie sich darum, diese Projekte schnell durchzuführen, damit sie nicht mehr gestoppt werden können". "Was die Ausgabenpolitik der Einheiten betrifft, so kaufen sie haltlos Waren, die nicht der Kontrolle der Regierung unterliegen. Sie drängen solche Genossen heraus oder greifen sie an, die die Dinge entschlossen in Übereinstimmung mit den Zentralbehörden tun."

In Zukunft müsse ein solches Fehlverhalten untergeordneter Regionen, Einheiten und Organisationen wesentlich vorbehaltloser und konsequenter verfolgt werden. "Wenn wir diese Fälle weiterhin nachsichtig behandeln, werden dann die Politik und die Entscheidungen der Zentralbehörden ernstgenommen und Autorität finden? Genosse Deng Xiaoping hat gesagt: 'Wenn wir Maßnahmen einmal beschlossen haben, müssen wir sie entschlossen durchführen. Wir müssen die Dinge ernsthaft behandeln und nicht nachsichtig.'" Es wird in dem Bericht weiter zugestanden, daß in den letzten Jahren in einer Reihe von Regionen die Durchsetzungsfähigkeit der zentralen Politik gelitten habe. "Der ungesunde Trend, Anordnungen nicht nachzukommen und Verbote zu mißachten, ist immer ernsthafter geworden. Der Grund dafür war, daß wir diejenigen, die sich weigerten, Anordnungen zu befolgen oder die Verbote mißachteten, zu wenig bestraft haben." Diese "Krankheit der leichten Bestrafung muß zuallererst geheilt werden. Ohne ihre Heilung ist es schwierig, die Aufgabe zu erfüllen, die uns von den zentralen Behörden auferlegt ist. Die Massen, die voller Hoffnung sind, werden enttäuscht sein." Es bleibt abzuwarten, ob der Aufruf zur Härte eine wesentliche Verbesserung der Situation bewirkt. (SWB, 12.11.88, 25.11.88) -ma-

*(26)

Schriften Liu Shaoqis

Anlässlich des 90. Geburtstags des "verstorbenen Vorsitzenden Liu Shaoqi" wurde ein Band seiner Werke sowie "eine Sammlung von Artikeln zu seinem Gedenken" veröffentlicht. Die Artikelsammlung enthält "41 persönliche Erinnerungen, die von revolutionären

Veteranen geschrieben" wurden, sowie "18 neue Artikel von Freunden, die an seiner Seite gearbeitet hatten". Die Schriftensammlung Liu Shaoqis enthält 57 Veröffentlichungen aus der Zeit 1923/64. Den Titel dieses Werkes schrieb (kalligraphisch) Deng Xiaoping persönlich, und "die anderen Führer Chen Yun, Li Xiannian und Peng Zhen haben Erinnerungsinschriften geschrieben".

Die Tatsache, daß Liu Shaoqi offiziell als "verstorbenen Vorsitzenden" bezeichnet wird, und daß sich die führenden Veteranen der Partei durch persönliche Inschriften öffentlich zu Liu bekannt haben, beweist, daß der einstige große Gegenspieler Mao Zedongs heute wieder voll rehabilitiert und auf eine mit der Position Mao Zedongs vergleichbare Stufe gehoben worden ist. (XNA, 12.11.88) -ma-

Außenwirtschaft

*(27)

Außenhandelskammern gegründet

Die halboffizielle Chamber of Commerce for Importers and Exporters of Foodstuff, Native Produce and Animal By-Products hat den Betrieb aufgenommen. Derzeit sind knapp 250 Unternehmen als Mitglieder eingeschrieben. Sie sollen alle das Recht auf direkten Außenhandel mit u.a. Getreide, Speiseöl, Nahrungsmitteln, Tee und tierischen Nebenerzeugnissen bekommen. Die Organisation ist nach ihrem Statut gemeinnützig, der Präsident ist Sun Lianghai.

Als wichtigste Aufgabe der Neugründung ist wohl die Wahrnehmung der Außenhandelsinteressen sowohl einzelner Mitglieder als auch des gesamten Industriezweigs zu bezeichnen. Die Kammer soll aber gleichzeitig als Bindeglied und Transmissionsriemen zwischen Regierung und Branche fungieren und sich darum bemühen, daß staatliche und wirtschaftspolitische Vorstellungen in der Praxis umgesetzt werden. Inwieweit durch diese Aufgabenstruktur und darin angelegte Widersprüche die Wahrnehmung von Brancheninteressen beeinträchtigt werden könnte, bleibt abzuwarten.

Im Rahmen von Ex- und Importgeschäften ist die Kammer vor allem für die Wahrung einer, wie es hieß, bisher nicht immer geübten Preisdisziplin und die Verhinderung ruinösen Wettbewerbs zuständig. Ihr obliegt die Ausarbeitung gemeinsamer Marketing-Strategien sowie die Beschaffung von Informationen über ausländische Märkte und dortige Absatzmöglichkeiten.

Die Organisation soll ferner die Einhaltung staatlicher Quoten- und Lizenzbestimmungen für Ein- bzw. Ausfuhr gewährleisten. Ferner soll sie die Teilnahme an internationalen Symposien, Konferenzen und Messen vorbereiten, im Bereich des Technologietransfers unterstützend tätig werden und Regierungsbehörden u.a. bei der Planung der langfristigen Entwicklung des Industriezweigs zuarbeiten.

Auch die China Chamber of Commerce for Import and Export of Light Industrial Products and Arts and Crafts hat erst kürzlich die Arbeit aufgenommen. Die in den Statuten angeführten Tätigkeitsbereiche sind mit den Aufgabengebieten der Handelskammer für Nahrungsmittel im wesentlichen deckungsgleich. (NfA, 21.11.1988) -lou-

*(28)

Neue Steuerpläne für viele ausländische Unternehmen vorteilhaft

Die Volksrepublik plant, ihr Steuersystem zu reformieren, so daß es einfacher wird und für viele ausländische Unternehmen vorteilhafter. Einige Investoren werden indessen mehr profitieren als andere, kleine Investoren könnten benachteiligt werden.

Kader, die sich bereits ein Jahr mit dem Entwurf eines neuen Steuergesetzes für ausländische Unternehmen beschäftigt haben, debattieren immer noch über den Steuersatz - gegenwärtig bis zu 50% auf alle Gewinne. Ausländische Rechtsexperten vermuten, daß der Steuersatz entweder 30 oder 33% betragen wird. Das neue Gesetz wird jedoch nicht vor 1990 erwartet.

Das neue Gesetz wird einfacher werden, denn es sieht ein einheitliches Steuerregime für alle Investitionsformen vor - Equity Joint Ventures, Unternehmen im alleinigen Eigentum von Ausländern oder Vertretungsbüros. Unter dem jetzigen Steuersystem erhalten Joint Ventures eine Vorzugsbehandlung in bezug auf die Besteuerung.

Die wichtigsten Nutznießer unter dem neuen System werden die Unternehmen im alleinigen Eigentum von Ausländern sowie die vertraglich vereinbarten Joint Ventures in Gebieten, die noch keine Vorzugsbesteuerung anbieten, sein. Die Vorteile für Equity Joint Ventures werden begrenzt sein, weil die Steuerreduzierung nicht groß sein wird. Für einige kleinere Investoren oder Vertretungsbüros wird möglicherweise eine höhere Steuerlast anfallen. Der Steuersatz von 20% auf Einkommen, wie Royalties und Zinsen, wird wohl unverändert bleiben.

Bislang sind noch keine Details der neuen Steuerpläne publiziert worden, doch wurden Exemplare des Steuerentwurfes an einige internationale Wirtschaftsberatungs- und Rechtsberatungsunternehmen gesandt, die beratend für die Volksrepublik tätig sind.

Nach Aussagen eines in Hongkong residierenden Experten folgt die Entwicklung dem Trend, die bestehende Investitionsstruktur zu rationalisieren - fort von der einseitigen Bevorzugung von Equity Joint Ventures. Der Trend verstärkt sich, daß ausländische Unternehmen eher 100prozentige Direktinvestitionen in China gründen wollen als Joint Ventures. Die genehmigte Investitionssumme in solchen Unternehmen im alleinigen Eigentum von Ausländern belief sich im Jahre 1987 auf 471 Mio.US\$, während 1986 nur 20 Mio.US\$ in solchen Unternehmen investiert wurden.

Viele ausländische Unternehmen haben jedoch von einem Alleingang in der Volksrepublik abgesehen, und zwar wegen der hohen Steuer. Gegenwärtig haben nämlich solche Unternehmen im alleinigen Eigentum von Ausländern außerhalb der Sonderinvestitionsgebiete bis zu 50% auf ihre Gewinne als Steuern zu zahlen, wobei sowohl die Zentralregierung als auch die Provinzen Steuern erheben.

Die Zentralregierung zieht hinsichtlich des neuen Steuergesetzes zwei Optionen in Betracht. Option 1 würde einen Steuersatz von 25% auf Gewinne aus allen Investitionsformen zusätzlich einer lokalen Regierungssteuer von 5% bedeuten. Option 2 würde eine Steuer der Zentralregierung in Höhe von 30% sowie eine Lokalsteuer von maximal 3% bedeuten.

Welche Option auch immer gewählt wird, das neue Steuergesetz wird, nach Aussagen eines Experten aus Hong-

kong, die Entscheidung, sich mit einer 100prozentigen Direktinvestition zu engagieren, leichter machen.

Auch die Tausende von vertraglich vereinbarten Joint Ventures, die den größten Teil der ausländischen Investitionen in der Volksrepublik ausmachen, sollen von den ins Auge gefaßten Steuerminderungen profitieren. Gegenwärtig zahlen sie zwischen 20 und 40% Steuern, die durch eine lokale Steuer von maximal 10% ergänzt wird.

Spezielle Projekte, die beispielsweise Hochtechnologie beinhalten, werden in den ersten beiden gewinnbringenden Jahren von der Einkommenssteuer befreit werden. In den nachfolgenden drei Jahren können sie eine Steuerreduzierung in Höhe von 50% in Anspruch nehmen, vorausgesetzt, daß das Unternehmen eine Laufzeit von zehn oder mehr Jahren hat. Gegenwärtig gilt die Steuerbefreiung nur für das erste gewinnbringende Jahr.

Das neue Steuersystem wird die Vorteile für Equity Joint Ventures nur marginal verbessern; diese zahlen gegenwärtig eine effektive Einkommenssteuer von 33%.

Viele Vertretungsbüros oder Projekte mit ausländischen Investitionen, die sich in den unteren Einkommensbereichen befinden, werden möglicherweise mehr Steuern zu zahlen haben. Ausländische Unternehmen in der Provinz Guangdong, die beispielsweise 500.000 Yuan oder weniger verdienen, zahlen effektiv weniger als 28% Steuern. Welche Option auch immer für das neue Gesetz gewählt wird, diese Unternehmen würden dann einen minimalen Steuersatz von 30% auf ihre Gewinne zu zahlen haben.

Ein Bereich des neuen Gesetzes, der wahrscheinlich unter den ausländischen Geschäftspartnern der Chinesen sehr populär sein dürfte, bezieht sich auf den Gewinntransfer. Gegenwärtig ist eine Steuer in Höhe von 10% auf jene Gewinne zu zahlen, die von einem ausländischen Partner in einem Equity Joint Venture ins Ausland transferiert werden. Die vorgeschlagene neue Regelung soll diese Vorschrift abschaffen. Die tatsächliche Bedeutung dieser ins Auge gefaßten Vorschrift mag jedoch begrenzt sein, denn exportorientierte und Hochtechnologie-Unternehmen sind bereits jetzt von dieser Steuer ausgenommen.

Verluste in einer Branche sollen auf Gewinne, die in einer anderen Branche anfallen, angerechnet werden; für ein solches Verfahren muß jedoch vorher eine Genehmigung eingeholt werden. Verluste sollen auch unbegrenzt vortragen werden können. Die jetzt gültige Regelung sieht vor, daß ausländische Unternehmen Verluste nur bis zu fünf Jahren vortragen können.

Das neue Gesetz will auch die Steuerbegünstigungen, die in verschiedenen besonderen Investitionsgebieten gewährt werden, vereinfachen. Der Steuersatz von 15% für ausländische Geschäftsleute in den fünf Sonderwirtschaftszonen und den 14 Küstenstädten soll unverändert bleiben. Der Steuerentwurf will die verschiedenen Formen der Anreize, die nun in den Wirtschaftszonen der Küstengebiete angeboten werden, unter ein Dach bringen. Nach den vorliegenden Informationen soll eine Steuer in Höhe von 20% auf "produktionsorientierte" Unternehmen mit ausländischen Investitionen in den Wirtschaftszonen des Küstengebietes erhoben werden. Nach den jetzt gültigen Regelungen, die im Juni 1987 in Kraft traten, unterliegen ausländische Unternehmen verschiedenen Steuerregimes, und zwar in Abhängigkeit von der Form der Investition. (AWSJ, 22.11.1988) -lou-

*(29)

Überprüfungszeit für Investitionsprojekte verlängert

In einem Editorial nahm die *Volkszeitung* Stellung zu den gegenwärtig laufenden Überprüfungen von Investitionsprojekten. Da die gegenwärtigen Probleme ernst seien, sollten sie nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Aus der Sicht aller lokalen Körperschaften gebe es immer noch gewaltige Schwierigkeiten bei der Überprüfung der Projekte. Aufgrund unvollständiger Statistiken betrug die Anzahl der suspendierten Projekte im ganzen Land bis Mitte November 1988 4.755, der Wert dieser Projekte betrug 21,5 Mrd. Yuan. Von diesen Projekten waren nur 1.126 im Bau, was weniger als 24% der Gesamtzahl der suspendierten Projekte ausmacht. In einigen Gebietskörperschaften ist dieser Anteil sogar noch geringer. Mit anderen Worten: die meisten der zu suspendierenden Projekte sind jene, die durch den Plan genehmigt und erfaßt worden sind. Von den bereits im Bau befindlichen Projekten sind sehr wenige sus-

pendiert worden. Bezüglich einiger Projekte, die aufgrund des Rundschreibens des Staatsrates suspendiert werden sollten, haben die betroffenen Einheiten alles versucht, um den Bau so schnell wie möglich zu vollenden.

Auf einer Sitzung der entsprechenden Führungsgruppe des Staatsrates wurden Mitte November 1988 die mit der Kontrolle der Anlageninvestitionen zusammenhängenden Angelegenheiten diskutiert. Im allgemeinen wurde die Untersuchungsarbeit so eingeschätzt, daß sie zügig vorangegangen sei. Sowohl zentrale Abteilungen wie auch lokale Regierungen auf den verschiedenen Ebenen hätten diesem Problem beträchtliche Aufmerksamkeit geschenkt. Das Ergebnis sei, daß die Arbeit in vollem Gange sei und daß erste Erfolge erzielt worden seien. Gleichwohl zeigten Berichte, daß sich die Untersuchungen noch im Anfangsstadium befänden. Insbesondere die Untersuchung von Bürogebäuden, Versammlungshäusern, Hotels und Gästehäusern sei nicht umfassend genug. Die hier noch ausstehenden Aufgaben seien schwierig.

Auf der genannten Sitzung wurde einmal mehr betont, daß die Untersuchungen nicht zu hastig abgeschlossen werden sollten. Der Umfang der gegenwärtigen Untersuchungen mache es schwierig, sie bis zum Ende November 1988 abzuschließen. Deshalb fällt die Versammlung die Entscheidung, den Termin für den Abschluß der Untersuchungen bis auf Ende Januar 1989 zu verschieben. (RMRB, 24.11.1988; Radio Beijing, 23.11.1988, zit. nach SWB, 29.11.1988) -lou-

***(30)
Weltbankkredite, Devisenkontrollen, steigende Verschuldung, sinkendes Vertrauen in den RMB**

Die Weltbank und die Volksrepublik China haben sich über den Rahmen der bis zum Ende des Weltbank-Fiskaljahres 1991 (Abschluß 30.6.) zu vereinbarenden Kreditprogramme verständigt. Danach sollen bis Mitte 1991 Kredite in einem Gesamtvolumen von 6,5 Mrd.US\$ bereitgestellt werden, wobei jeweils 2 Mrd.US\$ im laufenden und nächsten Fiskaljahr und die restlichen 2,5 Mrd.US\$ im letzten Jahr des Zeitraumes vergeben werden dürften.

Nach den Angaben eines Banksprechers werden etwa 35% dieser Kredite auf zinsgünstige Darlehen der Interna-

tional Development Association (IDA) entfallen, während der Rest im Rahmen der üblichen Projektkredite abgewickelt werden soll. Das Schwergewicht der vorgesehenen Kredite liegt wie bisher bei der Entwicklung der Infrastruktur (vor allem Eisenbahnverkehr) und bei der Landwirtschaft. Programme zur Abstützung sektoraler und wirtschaftspolitischer Reformen nehmen demgegenüber einen vergleichsweise geringen Raum ein. Im vergangenen Fiskaljahr wurde bei Kreditzusagen von insgesamt 1,6 Mrd.US\$ einzig ein Kredit über 300 Mio.US\$ zur Strukturverbesserung im Agrarbereich vergeben.

Die in Beijing von einer Delegation der Weltbank unter Leitung ihres Vize-Präsidenten Attila Karaosmanoglu gewährten Kredite laufen auf eine Aufstockung des Weltbank-Engagements in der Volksrepublik hinaus. Seit der Aufnahme der Beziehungen zur Volksrepublik (1980) sind erst 7,2 Mrd.US\$ an Krediten vergeben worden; im letzten Jahr waren es unter Einschluß der IDA-Darlehen 1,6 Mrd.US\$.

Gemessen an der Größe des Landes sind dies im Urteil eines Weltbankbeamten allerdings verschwindend geringe Beträge, und als entsprechend "gering" wird auch der Einfluß der Weltbank auf die gegenwärtige Entwicklung eingeschätzt. Dennoch sei die Rolle der Weltbank für den Dialog mit Beijing über "westliche Wirtschafts-ideen" nicht zu unterschätzen, wobei es jetzt darum gehe, die Reformbestrebungen so voranzutreiben, daß sie nicht an Geschwindigkeit verlieren.

Wie in Hongkong zu erfahren war, werden die zuständigen chinesischen Instanzen in Kürze geeignete Maßnahmen ergreifen, um eine schärfere Kontrolle aller Devisenausgaben zu gewährleisten.

Der Entschluß wurde allem Anschein nach deswegen erforderlich, weil der Überschuß der chinesischen Leistungsbilanz fallende Tendenz zeigt und die Regierung als Folge der Dezentralisierung ein vermindertes Devisenaufkommen verzeichnet. Darüber hinaus hat sie auch die Übersicht über die Deviseneinnahmen und -ausgaben der nachgeordneten Provinzen, Städte und sonstigen Organisationen mit außenwirtschaftlicher Autonomie teilweise verloren.

Nach einem Bericht der *China Daily* aus der Provinzhauptstadt Changsha (Hunan) erklärte ein stellvertretender Direktor des Staatlichen Amtes für Devisenbewirtschaftung auf einer Konferenz über das Devisenmanagement auslandsfinanzierter Unternehmen, China werde Schritte unternehmen, um "unnötige Devisenausgaben" zu unterbinden, die Überwachung der Devisentransaktionen zu verbessern und dem raschen Anstieg der Auslandsverschuldung einen Riegel vorzuschieben.

Bei der geplanten Rationalisierung des Devisenmanagements stehen folgende Maßnahmen im Vordergrund: Als wichtigste Aufgabe soll die Verwendung von Devisen für den Kauf ausländischer Luxus-Konsumgüter unter Kontrolle gebracht und der Import von Waren oder Kapitalausrüstungen, die auf dem Inlandsmarkt verfügbar sind, eingestellt werden. Gleichzeitig aber soll darauf geachtet werden, daß die Kostensteigerungen für die Ausfuhrwirtschaft begrenzt und die Wettbewerbsfähigkeit der Exportprodukte erhalten bleiben.

Als nächste Priorität wird eine scharfe Ausgabenkontrolle für die an den sog. Foreign Exchange Transaction Centres gehandelten Devisen genannt. Einer kürzlich erlassenen Bestimmung zufolge sollen die im überwachten Freihandel zum "Graukurs" erworbenen Fremdwährungsbeträge in erster Linie verwandt werden, um lebensnotwendige Waren oder Erzeugnisse zur Unterstützung der Agrarproduktion, der staatlichen Schlüsselprojekte oder der technologischen Entwicklung zu importieren (nicht dagegen Pkws oder Farbfernsehgeräte usw.).

Als weiterer Schritt ist vorgesehen, die nicht genehmigte Aufnahme von Auslandskrediten zu unterbinden und sicherzustellen, daß ausschließlich die Volksbank als offizielles Deviseninstitut zur Erteilung von Genehmigungen für den Abschluß aller neuen Verträge über Auslandsanleihen in der Lage ist. Entsprechend soll auch allen anderen Bankinstitutionen oder -gesellschaften untersagt werden, ohne Erlaubnis der Volksbank im Ausland Anleihen aufzulegen. Nach Angaben eines stellvertretenden Direktors des Staatlichen Amtes für Devisenbewirtschaftung sei nämlich eine steigende Zahl von nachgeordneten Regierungsstellen und -organisationen dazu übergegangen, ausländische Gelder aufzunehmen, um die binnenwirtschaftlich verfügbaren Kreditrestriktionen zu umgehen.

In diesem Zusammenhang warnte der Direktor vor dem Anstieg der chinesischen Auslandsverschuldung, deren weitere Expansion eingeschränkt werden müsse, da sich China einem Zeitpunkt nähere, zu dem hohe Rückzahlungen von Auslandskrediten fällig würden. Die externe Gesamtverschuldung, die per Ende 1987 von einer Beijing-orientierten Zeitung in Hongkong auf 33,4 Mrd. US\$ beziffert wurde, soll sich nach inoffiziellen Schätzungen inzwischen auf mehr als 40 Mrd. US\$ belaufen.

Seit Monaten wird aus Kreisen der Volksbank, der Bank of China und der Staatlichen Devisenbehörde in regelmäßigen Abständen davor gewarnt, mit eigenständigen chinesischen Organisationen der Wirtschaft oder Verwaltung in Verträge über die Gewährung von Auslandskrediten einzutreten. Denn viele Instanzen, so wird erklärt, seien keineswegs immer im Besitz einer Garantie der Volksbank oder anderer autorisierter Institutionen (z.B. der CITIC oder der Bank of China).

Aus chinesischen Quellen war zu erfahren, daß die Volksrepublik kurzfristige Schulden in Höhe von 10 Mrd. US\$ habe, 30 Mrd. US\$ hätten eine Laufzeit von einem Jahr oder mehr. Die erste Rückzahlungsspitze wird im Jahre 1990 sein, wenn 7 Mrd. US\$ fällig werden.

Was die Besorgnis der chinesischen Führer erregte, ist die Tatsache, daß das Handelsdefizit in diesem Jahr im dritten Quartal auf 3,4 Mrd. US\$ anstieg. Das Defizit allein für das dritte Quartal in Höhe von 2,26 Mrd. US\$ betrug fast das Doppelte der 1,16 Mrd. US\$ für das erste Halbjahr 1988. Die Importe erreichten bis Ende September ca. 36,3 Mrd. US\$, während die Exporte in derselben Periode nur auf 32,9 Mrd. US\$ kamen.

Die weite Verbreitung von Schwarzmärkten für Devisen, auf denen das Doppelte des offiziellen Wechselkurses geboten wird, hat viele Leute in die Lage versetzt, Luxus- und Konsumgüter zu importieren. Es wird geschätzt, daß ca. 20% der Hongkonger Währung nun in der Provinz Guangdong zirkuliert.

Im Oktober begann die Volksrepublik damit, die Finanzpraktiken von Hunderten von volksrepublikanischen Unternehmen, die in Hongkong Vertretungsbüros haben, zu untersuchen.

Viele dieser Unternehmen haben gegen die Regeln verstoßen, weil sie es versäumt haben, Devisen in die Volksrepublik zu transferieren. Viele dieser Unternehmen haben in Immobilien oder anderen Geschäften weltweit investiert, befassen sich mit zweifelhaften Geschäften in Hongkong oder geben viel Geld für ein luxuriöses Leben aus.

Ausländische Diplomaten und Pressevertreter in der chinesischen Hauptstadt Beijing wurden am 28.11.1988 aufgefordert, ab Januar 1989 ihre Miete nicht mehr in chinesischen Yuan, sondern in amerikanischen Dollars zu bezahlen. Zuvor waren die ausländischen Firmen in der Volksrepublik angewiesen worden, ihre chinesischen Angestellten in Zukunft ebenfalls in Devisen zu bezahlen. Damit, so westliche Beobachter, machen die chinesischen Behörden deutlich, daß auch sie nur noch schwindendes Vertrauen in die eigene Landeswährung haben. In nicht zu ferner Zukunft wird allgemein eine Abwertung des Renminbi gegenüber dem US-Dollar erwartet. (NZZ, 4.11.1988; NfA, 22.11.1988; FT, 19.11.1988; IHT, 29.11.1988) -lou-

*(31)

Bank of China beteiligt sich an Kredit für die Sowjetunion

Die Bank of China beteiligte sich zum erstenmal an einem Konsortialkredit für die Sowjetunion. Der Kredit in Höhe von 50 Mio. US\$ ist für die Vneshekonombank, die Spezialbank der Sowjetunion für internationale Aufgaben, bestimmt. Der Anteil der Bank of China beträgt 5 Mio. US\$. Konsortialführerin dieses Kredits ist die Postipankki von Finnland. Ferner sind beteiligt die Algemene Bank Nederland N.V., die Skopbank von Finnland sowie die Provinsbanken AS aus Dänemark.

Ogleich diese Angelegenheit als Zeichen für die stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion gewertet werden kann, erklärten Kader der Bank of China, die Beteiligung ihrer Bank sei das Ergebnis einer kommerziellen Überlegung.

Ogleich dieser Kredit der erste Konsortialkredit für die Sowjetunion ist, an dem die Bank of China teilnimmt, habe die Bank bereits vor zwei Jahren eine Anleihe in Höhe von 100 Mio. US\$ mit variablem Zinssatz für die Moskauer Narodny Bank mitorganisiert. (FT, 1.11.1988; IHT, 2.11.1988) -lou-

*(32)

Messe in Guangzhou mit neuem Verkaufsrekord

Trotz verschiedener Beschränkungen, die durch Warenknappheit oder administrative Ausfuhrverbote bedingt waren, verzeichnete die 64. Exportmesse in Guangzhou nach chinesischen Angaben einen neuen Abschlußrekord in Höhe von 5,48 Mrd. US\$ gezeichneter Ausfuhrgeschäfte. Das entsprach einer Steigerung von 6,2% gegenüber der Frühjahrmesse.

Niemals zuvor in der 32jährigen Geschichte der größten Warenschau der Volksrepublik kamen soviel Geschäftsleute und niemals zuvor war der Umsatz so hoch. Die Messeleitung zählte 41.000 Besucher während der 3wöchigen Ausstellung.

Damit bestätigte die Messe erneut ihre Position als Chinas wichtigste individuelle Exportveranstaltung. Denn immer noch bestreitet die zweimal jährlich stattfindende Messe mit ihren Verkaufsumsätzen rd. 25% der chinesischen Gesamtausfuhr, die in den ersten neun Monaten des Jahres 1988 rd. 33 Mrd. US\$ erreicht hat.

Insgesamt waren 17 chinesische Außenhandelsgesellschaften und zahlreiche individuelle, institutionelle oder sonstige Organisationen des Export- und allgemeinen Außenhandelsgeschäftes erschienen. Das chinesische Messepersonal wurde auf 11.000 Vertreter aus rd. 500 Einheiten beziffert, die wiederum eine große Zahl von Betrieben aller Art repräsentierten.

Im Verkaufsergebnis lag die chinesische Provinz Guangdong vor Shanghai sowie den Provinzen Shandong, Jiangsu und Liaoning an erster Stelle. Nach Umsätzen stand die Außenhandelsgesellschaft Textil vor Getreide, Öle, Lebensmittel, Leichtindustrie sowie Landesprodukte und tierische Nebenerzeugnisse an der Spitze.

Besonders hohe Zuwachsraten konnten die chinesischen Verkäufer von Maschinenbauerzeugnissen und elektronischen Produkten, leichtindustriellen Waren, nichtmetallischen mineralischen Erzeugnissen, Textilien und Bekleidung verzeichnen. Das Gesamtsortiment des zum Verkauf stehenden Angebots wurde von einem Messesprecher auf mehr als 60.000 Exponate und Spezifikationen beziffert.

Von den genannten 41.000 Besuchern kamen die meisten aus Hongkong und Macau. Diese Firmen bestritten mit einem Anteil von 45% auch den größten Teil der Einkäufe. An zweiter Stelle standen die EG-Länder vor den USA, Japan (10%), den Mittelost- und afrikanischen Erdölländern.

Europäische Einkäufer, so war in Hongkong zu hören, ermahnten auf der Messe die chinesischen Verkaufsorganisationen, sich an die Lieferverträge und Preisabsprachen zu halten. Bei zahlreichen chinesischen Firmen hat sich nämlich die Unsitte entwickelt, mehr Waren zu verkaufen, als von der Produktion her zu erwarten sind. Engpässe von Rohstoffen haben überdies bei vielen chinesischen Fabriken zu Lieferschwierigkeiten geführt, was besonders Händler betrifft, die die Waren weiterverkaufen und ihrerseits an Verträge gebunden sind.

China-Händler beklagen sich allgemein über die sinkende Geschäftsmoral ihrer chinesischen Partner, die auch bei Nichteinhaltung von Verträgen nicht bereit seien, ihre Versäumnisse einzugestehen und statt dessen mit Entschuldigungen die Verantwortung weiterschieben.

Die China National Machinery Import and Export Corp. (CMC) wird sich im laufenden Jahr als Export-Milliardär etablieren. Im Vergleich zu Ausfuhren von rd. 640 Mio.US\$ im Kalenderjahr 1987 hatten die Verkäufe bis Mitte August 1988 etwa 590 Mio.US\$ oder einen Zuwachs von 83% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres erreicht. Die Abschlüsse auf der Herbstmesse in Guangzhou allein beliefen sich auf rd. 190 Mio.US\$; dieses war das beste Einzelergebnis auf der Messe.

Der Vizepräsident der CMC und Leiter der Maschinendelegation, Cao Cigen, schrieb den beachtlichen Anstieg der mechanischen und elektrischen Maschinenbauexporte einer Kombination verschiedener Faktoren zu, darunter die Reformen im Außenhandelssystem, die gegenwärtig günstigen Weltmarktbedingungen und die technologisch-industrielle Integration des Industriezweigs. Außerdem wies Cao auf die Tatsache hin, daß viele neue Joint-Venture-Gründungen im Maschinenbau mit einem wesentlich höheren technischen Standard in Produktion

Nicht zuletzt sei der Exporterfolg der CMC der von internationalen Einkäufern vergebenen Auftragsproduktion zu verdanken. Diese Praxis habe die Außenhandelsgesellschaft Maschinen beispielsweise in die Lage versetzt, Handwerkzeuge nach DIN-Normen oder US-Standards zu liefern, ohne dabei jedoch Patentverletzungen zu begehen. Schließlich hätte die Außenhandelsgesellschaft große Fortschritte bei der Lieferung kompletter Produktionsanlagen für die Erzeugung von z.B. Zement, Glas oder Textilien aufzuweisen.

Auch der Bau und die Ausfuhr von Schiffen, die um 10-20% unter dem Preis der Konkurrenz angeboten werden könnten, habe einen kräftigen Aufschwung genommen. Reedereien aus der Bundesrepublik Deutschland zählten zu den Kunden chinesischer Werften.

Im Vordergrund der chinesischen Messeverkäufe standen nach CMC-Angaben Handwerkzeuge aller Art, Drehmaschinen, Holzbearbeitungs- und andere Einzelmaschinen sowie Pressen. Gegenwärtig steht die CMC in der Liste der Außenhandelsgesellschaften beim Export an zehnter, beim Import dagegen an fünfter Stelle. Entsprechend wurden auf der Messe in Guangzhou auch Einfuhrabschlüsse in Höhe von rd. 10 Mio.US\$, die sich im wesentlichen auf Maschinen und Generatoren konzentrierten, gezeichnet. (NfA, 10. u. 15.11.1988; HB, 9.11.1988) -lou-

***(33)
Siemens und MBB in der Volksrepublik**

In Anwesenheit von Bundesaußenminister Genscher wurden am 31.10.1988 in Beijing drei chinesisch-deutsche Kooperationsprojekte unterzeichnet. Die Siemens AG, Berlin/München, baut ihre Zusammenarbeit mit der Volksrepublik weiter aus. Sie brachte nach jahrelangen Verhandlungen ein Gemeinschaftsunternehmen zur Fertigung von digitalen Telefonvermittlungsanlagen unter Dach und Fach. Das Luft- und Raumfahrtunternehmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) trieb das Projekt eines zivilen deutsch-chinesischen Gemeinschaftsflugzeugs (MPC 75) weiter voran.

Bei der Joint-Venture-Vereinbarung von Siemens mit der Beijing Wire Communications Plant (BWCP) belaufen sich die Gesamtinvestitionen bei einer Siemens-Beteiligung von 42% in der ersten Ausbaustufe auf 62 Mio. US\$. Die Fertigung soll 1989 aufgenommen werden und in der Anfangsphase 300.000 Anschlußeinheiten erreichen. Der erste Teil des umfassenden Kooperationsprojektes mit einem Know-how-Transfer-Vertrag über fortgeschrittene Mikroelektronik (IC-Technologie) mit dem Mikroelektronik-Komplex in Wuxi war bereits vor kurzem unterzeichnet worden. In Beijing erfolgte auch die Grundsteinlegung für das Siemens-Technologiezentrum, in dem jährlich etwa 500-600 chinesische Techniker ausgebildet werden sollen. Im Rahmen der Zusammenarbeit sollen über 100 chinesische Fachleute in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet werden.

Das Abkommen von MBB mit der China National Aero-Technology Import and Export Corporation (CATIC) sieht die Gründung einer gemeinsamen deutsch-chinesischen Firma, MPC 75 GmbH mit Sitz in Hamburg, vor. Die Firma (80% MBB und 20% chinesischer Partner) ist für Planung, Organisation, Steuerung, Koordination und Kontrolle sämtlicher Aktivitäten verantwortlich, die mit dem etwa 80 Sitze ausgelegten Flugzeug verbunden sind. MBB verpflichtet sich, den für das MPC 75-Projekt tätigen CATIC-Mitarbeitern die erforderlichen spezifischen Kenntnisse zu vermitteln.

MBB und CATIC arbeiten seit 1985 an dem Projekt. Die Vorentwicklungsphase läuft seit Anfang 1988 und dauert bis Ende 1990, der Erstflug ist für 1994 vorgesehen. In einem weiteren Abkommen wird MBB auf dem Gebiet der Windenergie mit CATIC zusammenarbeiten. China wird zunächst fertige Windenergie-Konverter von MBB im Wert von etwa 1,5 Mio.DM erhalten. In China sollen danach stufenweise Windenergie-Bauteile in Koproduktion gefertigt werden. (NfA, 1.11.1988; FAZ, 1.11.1988) -lou-

***(34)
Baden-Württemberg gründet GmbH für die Zusammenarbeit mit Jiangsu**

In Stuttgart wurde eine neue Firma (Technisch-wirtschaftliches Zentrum Baden-Württemberg/Jiangsu GmbH) gegründet. Wie das baden-württem-

bergische Wirtschaftsministerium mitteilte, sieht die Landesregierung in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Volksrepublik große Zukunftschancen. Das neue Unternehmen will gemeinsam mit den chinesischen Partnern ein technisch-wirtschaftliches Zentrum in der Stadt Nanjing errichten. In diesem Zentrum sollen chinesische Fachkräfte weitergebildet werden. Außerdem soll das Zentrum Serviceleistungen für Kooperationsfirmen aus Baden-Württemberg und der Provinz Jiangsu anbieten.

Hauptgesellschafter der neu gegründeten Firma ist die Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Baden-Württemberg mbH. Weiter gehören der neuen Firma sieben baden-württembergische Firmen mit China-Erfahrung an. Im Jahre 1989 wird die neue Firma mit den chinesischen Partnern die Projektvereinbarungen weiter konkretisieren. (NfA, 15.11.1988; HB, 14.11.1988) -lou-

* (35)

Gute Chancen für deutsche Unternehmen beim U-Bahnbau in Shanghai

Deutsche Unternehmen haben gute Chancen, den Zuschlag für den geplanten Bau einer Untergrundbahn in Shanghai zu erhalten. Wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bestätigte, habe die chinesische Regierung zu erkennen gegeben, daß demnächst mit einer positiven Entscheidung gerechnet werden könne. Es geht zunächst um die erste Ausbaustufe auf einer Strecke von 14 km, die bereits 1993 betriebsbereit sein soll. Die U-Bahn-Verbindungen in Shanghai sollen insgesamt 176 km umfassen.

Für die Ausstattung der U-Bahn werden von den Chinesen im westlichen Ausland u.a. 27 U-Bahn-Züge, Motoren, Antriebsaggregate sowie die elektromechanische Ausrüstung für Betriebsüberwachung und Steuerung bestellt werden. Außer Fahrzeugen, so heißt es, sollten z.B. auch die Signaltechnik, die Telekommunikation, die Fahrdrantanlage, Stationsausrüstungen wie Rolltreppen, Aufzüge und Entlüftungsanlagen geliefert werden.

Bislang ist von einem unbestätigten Projektwert von rd. 1,5 Mrd.DM die Rede. Aus dem Entwicklungsministe-

rium ist zu hören, daß die deutsche Lieferung mit einem Kredit in einem Rahmen von "über 400 Mio.DM" aus dem Haushalt des Ministeriums finanziert werden sollten.

Der Auftragswert für die deutschen Unternehmen beträgt ca. 300 Mio.US\$. Inzwischen wurde bestätigt, daß das Konsortium von der AEG geführt wird. Ferner gehören dazu die Siemens AG., die Duewag AG., Krefeld, als Waggonhersteller sowie die Waggon Union GmbH, Berlin. Es sei denkbar, daß mittelständische Unternehmen an dem Projekt beteiligt würden.

Auch Unternehmen aus Großbritannien und Frankreich waren bzw. sind lebhaft an dem U-Bahn-Projekt interessiert. (FAZ, 8.11.1988; NfA, 8.11.1988; FT, 7.11.1988) -lou-

* (36)

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südkorea gewünscht

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Republik Korea und der Volksrepublik haben sich in der jüngeren Vergangenheit trotz nicht existierender offizieller Beziehungen zwischen beiden Staaten aufgrund des besonderen Verhältnisses der Volksrepublik China zu Nordkorea dynamisch entwickelt. Die reinen, zumeist noch indirekt abgewickelten Handelsgeschäfte sollten nach chinesischer Vorstellung durch koreanische Kapitalinvestitionen ergänzt werden.

Erwünscht ist solche Art der Zusammenarbeit vor allem in den Sektoren Transportwesen, Energie, Rohmaterialien, Hochtechnologie und Exporterzeugnisse. Die Etablierung gegenseitiger Handelsvertretungen wird als logische Folge der Entwicklung von Handel und Investitionen angesehen.

Das erklärte Chu Baotai, stellvertretender Direktor des Amtes für ausländische Investitionen im Außenwirtschaftsministerium, auf einer chinesisches-japanischen Wirtschaftskonferenz in Beijing. Ein Vertreter des dem Staatsrat nachgeordneten Forschungszentrums für wirtschaftliche, technologische und soziale Entwicklung sprach die Hoffnung aus, daß Japan zu einer Förderung des chinesisch-koreanischen Wirtschaftsaustausches beitragen werde.

Der Exportwert auslandsfinanzierter Betriebe in der Volksrepublik kann nach einer Meldung der *Volkszeitung* bis zum Jahresende 1,8 Mrd.Yuan erreichen. Nach Ablauf der ersten neun Monate hätte der Devisenerlös 1,37 Mrd.Yuan betragen, rd. 37% mehr als im Vorjahr. Der Anteil an den Gesamtausfuhren, so heißt es weiter, stellte sich auf knapp 4,2%. Per Ende 1987 wären 4.630 Kapital-, 5.149 vertragliche Joint Ventures und 184 im alleinigen Eigentum ausländischer Unternehmen befindliche Direktinvestitionen bei den chinesischen Behörden registriert gewesen.

Rong Yiren, der Vorsitzende der China International Trust and Investment Corp. (CITIC), erklärte vor ausländischen Reportern am 4.11.1988, daß man den direkten Austausch, einschließlich Handel und Investitionen, mit Südkorea bevorzuge. Die CITIC habe bereits Beziehungen von Unternehmen zu Unternehmen zu Südkorea, keine politischen Faktoren seien involviert.

Die südkoreanische staatliche Korea Trade Promotion Corp. erklärte in einem Bericht von Oktober 1988, daß die Unterzeichnung eines formalen Abkommens über die Eröffnung von Handelsbüros in Beijing und in der Provinz Shandong bevorstehe. Die Volksrepublik wolle ihrerseits in Seoul ein Handelsbüro eröffnen. Nach südkoreanischen Berichten könnte der Handel zwischen der Volksrepublik und Südkorea im Jahre 1988 3 Mrd. US\$ erreichen, dies würde den geschätzten Handel mit Nordkorea bei weitem übertreffen, der auf nur 400 Mio.US\$ geschätzt wird.

Nach Aussagen von Bankiers in Hongkong haben führende südkoreanische Bankiers in den letzten fünf Monaten der Volksrepublik China drei geheime Besuche abgestattet. Diese Besuche markieren den Beginn direkter Verbindungen mit dem volksrepublikanischen Finanzsektor. Die Bankiers reisten als Touristen; bekanntlich gibt es zwischen Südkorea und der Volksrepublik seit dem Koreakrieg der frühen 1950er Jahre keine diplomatischen Beziehungen.

Ein südkoreanischer Bankier erklärte, daß er für 1989 eine formelle Einladung aus der Volksrepublik erwartet. Anthony Russell, der für die Volksre-

publik zuständige Manager der Hongkong and Shanghai Banking Corp., erklärte, daß die Volksrepublik begierig darauf sei, Investitionen und Technologie zu erhalten, während Südkorea an den großen Vorräten an Rohmaterialien in der Volksrepublik interessiert sei.

Ein südkoreanischer Bankier erklärte, obgleich die Banker als Touristen geist seien, hätten sie Kader sowohl von der Bank of China als auch von der CITIC Industrial Bank getroffen. (NfA, 29.11.1988; AWSJ, 7.11. u. 11./12.11.1988) -lou-

Binnenwirtschaft

*(37)

Erdbeben in Yunnan

Am 6.11.1988 verwüstete ein heftiges Erdbeben Teile der südchinesischen Provinz Yunnan. Radio Beijing berichtete, mehr als 100 Menschen seien von Soldaten und Ärzteteams aus zusammengestürzten Gebäuden gerettet worden. Vermutlich seien noch sehr viel mehr verschüttet. Bei dem Erdbeben sind, nach Berichten von Vertretern des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und des Welternährungsprogramms in Beijing, mehr als 930 Menschen ums Leben gekommen. Die UNO-Beamten beriefen sich bei ihren Zahlen auf Angaben des Ministeriums für Zivile Angelegenheiten in Beijing.

Das chinesische Fernsehen übertrug Bilder, auf denen Soldaten mit Lastwagen über schwer beschädigte Straßen fuhren. Ärzteteams seien mit Hubschraubern in das schwer zugängliche Bergland an der birmanischen Grenze geflogen worden. Sie bemühten sich darum, ein Ausbrechen von Seuchen zu verhindern. Der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge ist die Lebensmittel- und Wasserversorgung in den betroffenen Gebieten knapp. Die chinesische Regierung habe den Rettungsmannschaften umgerechnet ca. 95 Mio.DM für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Die am schwersten betroffenen Gebiete waren nach Angaben der Erdbebenwarte in Beijing die Bezirke Lang-

cang und Menglian direkt an der Grenze zu Birma. Dort leben in einem mit dichtem Dschungel bedeckten Bergland Angehörige des Bergvolkes der Lahu meist in Lehm- oder Holzhäusern. Offenbar seien in dem Gebiet fast alle Häuser zerstört worden, so hieß es. Bei den Erdstößen vom 6.11.1988 war eine Stärke von 7,6 auf der nach oben offenen Richter-Skala gemessen worden. In den zwei Tagen danach wurden mehr als 170 Nachbarn registriert, teilte die Erdbebenwarte mit. Yunnan war schon am 15.10.1988 von einem Erdbeben der Stärke 5,0 heimgesucht worden.

Neben den Toten sind mehr als 4.000 Verletzte zu beklagen, viele Menschen wurden obdachlos. Der gesamte wirtschaftliche Verlust wird auf 1,4 Mrd. Yuan geschätzt.

Mehrere Länder und internationale Organisationen, darunter Kanada, Neuseeland, das UNDP, der Kinderfonds sowie die Katastrophen- und Hilfsorganisation der Vereinten Nationen, gaben Hilfe. Die Rot-Kreuz-Organisationen vieler Länder sammelten Spenden für die Erdbebenopfer.

Die Bundesregierung stellte der Volksrepublik zur Bewältigung der Erdbebenfolgen eine Katastrophenhilfe in Höhe von 20 Mio.DM - das ist bei weitem der größte Beitrag eines einzelnen Landes - zur Verfügung. Mit diesen Mitteln, über deren Verwendung Staatssekretär Siegfried Lengl aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 29.11.1988 in Beijing eine Vereinbarung unterzeichnete, sollen im Inland Baumaschinen zur Wiederherstellung von zerstörten Straßenverbindungen, Materialien für den Häuserbau sowie dringend benötigte Lebensmittel und Medikamente eingekauft werden.

In einem Gespräch mit der Presse sagte Lengl einen weiteren Anstieg der deutschen finanziellen und technischen Entwicklungshilfe für China voraus, das innerhalb von vier Jahren zum zweitgrößten Empfängerland nach Indien aufgerückt ist. Diese Hilfe ist für Beijing noch attraktiver geworden, da das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit seit 1988 der Volksrepublik die Finanzhilfe zu den Konditionen gewährt, die die internationale Entwicklungsagentur (IDA) für die am wenigsten entwickelten Ent-

wicklungsländer festgelegt hat. Das bedeutet Laufzeiten von 40 Jahren, die ersten 10 Jahre tilgungsfrei und einen Jahreszins von 0,75%, was praktisch nur einer Abwicklungsgebühr gleichkommt. (XNA, 11.11. und 29.11.1988; SZ, 30.11.1988) -lou-

*(38)

Kernenergieziele revidiert

Die Kernkraft wird bis ins nächste Jahrhundert voraussichtlich nur eine geringfügige Rolle bei der Deckung des rasch wachsenden Energiebedarfs in der Volksrepublik China spielen. Als Haupthindernisse, die dem energiepolitisch gewünschten zügigen Ausbau entgegenstehen, nennen Planungsexperten Mangel an Kapital und technologischem Know-how. Die Nuklearenergieerzeugung soll um 40% gesenkt werden. Die ursprünglichen Pläne sahen vor, Nuklearkraftwerke mit einer Kapazität von 10.000 MW bis zum Jahre 2000 zu bauen. Auf einer kürzlich stattgefundenen Tagung schlugen Experten vor, die Kapazität auf 6.000 MW zu reduzieren. Delegierte aus Planungsabteilungen der Provinzen argumentierten, daß dies noch zu kostenaufwendig sei. Sie verlangten, daß die Kapazität auf nur 4.500 MW gesenkt würde.

Diese Zahl würde das 1.800 MW-Kraftwerk in der Bucht von Daya (Provinz Guangdong), das 300 MW-Kraftwerk in Qinshan (Provinz Zhejiang) und vier 600 MW-Reaktoren einschließen, die in der zweiten und dritten Phase ebenfalls in Qinshan gebaut werden sollten.

Chinesische Experten teilten mit, daß in den letzten Jahren die zur Verfügung stehenden Ressourcen an Finanzmitteln und Herstellungstechnologie überschätzt worden seien. Zang Mingchang, Chefingenieur der Nuklearindustrie im Ministerium für Energieressourcen, erklärte, daß die Experten auf der Konferenz einen realistischen Planansatz gesucht hätten.

Die Debatte um den Einsatz der Kernenergie hat in den letzten Monaten unter dem Eindruck akuter Engpässe in der Stromversorgung, die mit dem industriellen Wachstum immer weniger Schritt halten kann, neuen Auftrieb erhalten. Eine Studie des Forschungszentrums für wirtschaftli-